



Frankreich: Warum wird die Grundsteuer in diesem Jahr so deutlich in die Höhe gehen?

Jetzt ist es bestätigt: Für Hausbesitzer in Frankreich wird die Grundsteuer in diesem Jahr deutlich steigen, obwohl sie bereits 2022 erhöht wurde. Eine Steigerung von mindestens 7,1% ist zu erwarten, die hauptsächlich mit der Inflation zusammenhängt. Je nach Wohnort kann die Erhöhung jedoch noch weitaus höher ausfallen.

Hausbesitzer werden im Herbst 2023 eine weitere Erhöhung der Grundsteuer erleben. Sie müssen sich in diesem Jahr auf eine Erhöhung von mindestens 7,1 % einstellen, die hauptsächlich auf die Inflation zurückzuführen ist. Und in einigen Gemeinden wird sie noch höher ausfallen.

für das Jahr 2023 hat der französische Staat die Grundsteuer für alle Eigentümer um 7,1 % erhöht. Diese Erhöhung ist darauf zurückzuführen, dass der sogenannte Mietwert einer Immobilie an die Inflation angepasst wird.

Zu dieser Erhöhung kommen noch die in den kommunalen Haushalten festgelegten Aufwertungen hinzu. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die bisherige Wohnsteuer auf Hauptwohnsitze im Herbst endgültig abgeschafft wird.

Da den Gemeinden die Einnahmen durch die Wohnsteuer – immerhin 16,5 Milliarden Euro – nun fehlt, steht ihnen nur noch die Grundsteuer zur Verfügung, um ihre Gemeindehaushalte zu stabilisieren.

So stieg beispielsweise die Grundsteuer in Marseille im Jahr 2022 um 17,4 %, während die Erhöhung in Paris sehr moderat ausfiel. In diesem Jahr jedoch wird in der Hauptstadt ein Rekordanstieg der Grundsteuer von 52% erwartet. Trotzdem bleibt die Höhe der Pariser Steuer insgesamt unter dem nationalen Durchschnitt.

Fast jede fünfte Gemeinde mit mehr als 40.000 Einwohnern wird im Jahr 2023 den Satz der Grundsteuer zusätzlich zu den allgemeinen Aufwertungen um mindestens 7,1 % erhöhen.

In Grenoble beispielsweise bedeutet dies eine Erhöhung um 25%, in Metz um 14,3% oder in Lyon um 9%. Einige Städte wie Lille oder Toulouse werden hingegen keine Änderungen vornehmen und die Grundsteuer wird nur in Höhe der vom Staat beschlossenen Aufwertung des Mietwerts (7,1 %) erhöht.